

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heuseallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 06 86 848-46 pbbn d

Inhalt

Alfons Pawelczyk MdB, Abrüstungsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, nennt die friedenspolitischen Initiativen der Sozialistischen Internationale.

Seite 1/2

Friedrich Halstenberg, SPD-Schatzmeister, sieht den Bewegungsspielraum der Parteien durch das Karlsruher Spenden-Urteil eingeschränkt.

Seite 3

Horst Seefeld MdB plädiert für ein gemeinsames Vorgehen des Europa-Parlaments in Grundsatz-Fragen.

Seite 4

Elfriede Hoffmann, ASF-Vorsitzende, erwartet von dem Projekt "Mädchen in gewerblich-technischen Berufen" positive Auswirkungen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

34. Jahrgang / 141

26. Juli 1979

Friedenspolitische Beiträge der Sozialistischen Internationale

Konservative Polemik hat vor allem wahltaktische Gründe

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages

Daß Herr Dr. Zimmermann als Konfrontationspolitiker Herrn Strauß durchaus gleichwertig zur Seite steht, beweisen uns auch die fortdauernden Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU. Um nun die unüberbrückbaren politischen Gegensätze wenigstens bis zu den Bundestagswahlen von 1980 zu überdecken, muß ein klares Feindbild her. Diese Aufgabenstellung ist so ganz nach dem Geschmack des Herrn Dr. Zimmermann. Das Freiheit-statt-Sozialismus-Motto soll europäisiert werden. Wir erleben es bereits im neugeschaffenen Europa-Parlament. CDU und CSU werden schon bald erleben, daß die westeuropäischen Konservativen sich dieser Konzeption nicht unterwerfen werden, die Westeuropa eher zerbrechen als einen würde. Da hilft es auch nicht, wenn Dr. Zimmermann einen neuen Feind aufbaut: die Sozialistische Internationale (SI).

Dieser Zusammenschluß von über 70 sozialdemokratischen Parteien ist in der Lage, politische Kompromisse beizusteuern, die geeignet sind, konfliktverhindernd oder

-dämpfend in Spannungsgebieten der Welt zu wirken. Dies hat zum Beispiel die vom 18. bis 21. Juli in Bommersvik in Schweden abgehaltene Parteiführerkonferenz der SI bewiesen. Dort ging es um:

1. Schnelle Hilfeleistung durch die sozialdemokratischen Parteien und Regierungen für Nicaragua;
2. Möglichkeiten der Friedensstabilisierung im israelisch-arabischen Raum;
3. Möglichkeiten weltweiter Friedenssicherung durch Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Um einen qualifizierten Beitrag zu konkreten Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung leisten zu können, hat die SI auf ihrer Abrüstungskonferenz in Helsinki, im März 1978, eine Abrüstungs-Kommission eingesetzt. Diese wird bis zum Februar 1980 ein Konzept vorlegen, bei dem es darum geht, eine Strategie für die Bereiche zu entwickeln, in denen die Interessen aller Parteien gleichgerichtet sind. Nach der Diskussion in Bommersvik steht fest, daß unter anderem folgende Probleme Schwerpunkte dieses Konzepts sein werden:

- Die Eindämmung des konventionellen Rüstungsexports;
- die Einbeziehung aller Nuklearwaffen in Verhandlungen mit dem Ziel der Reduzierung dieser Waffen und der Verhinderung einer Entwicklung, die zur Entstehung neuer Nuklearwaffen führt;
- die Schaffung institutioneller Voraussetzungen für die Entwicklung sicherheitspolitischer Strategien.

Ferner sollen wissenschaftliche und politische Gremien geschaffen werden, die den für verteidigungspolitische Entscheidungen schon bestehenden gleichwertig gegenüberstehen, um so die Voraussetzungen für politische Entscheidungen zu verbessern, die geeignet sind, die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik wirksam vorzubereiten.

(-/26.7.1979/vo-he/lo)



Nach Karlsruhe

Enge Grenzen für öffentliche Finanzierungshilfen

Von Prof. Dr. Friedrich Haltenberg

Schatzmeister der SPD

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Normenkontrollklage des Landes Niedersachsen ist die Frage nach Siegern und Besiegten müßig. Ebenso wenig braucht untersucht zu werden, ob die Klage, die auf eine drastische Anhebung der steuerlichen Abzugsfähigkeit für Spenden oder Beiträge an politische Parteien zielte, sinnvoll gewesen ist.

Die acht Richter des Zweiten Senats haben einmütig befunden, daß Parteien ihrem Wesen und ihrem Auftrag nach von Religionsgemeinschaften oder anderen Organisationen, die gemeinnützige, mildtätige oder wissenschaftliche Zwecke verfolgen, sehr verschieden sind. Zwar wird der den Parteien von der Verfassung gestellte Auftrag als sehr weit gefaßt anerkannt, doch wird daraus eine Verpflichtung der öffentlichen Hand zur materiellen Unterhaltung der Parteien nicht nur nicht abgeleitet, sondern aus guten, für Demokraten anzuerkennenden Gründen ausdrücklich verneint. Das Urteil nennt zwar keine Zahlen, setzt aber deutlich enge Grenzen für den Umfang, den öffentliche Finanzierungshilfen für die Parteien ansetzen dürfen.

Der Gesetzgeber wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß seine Gestaltungsfreiheit dort endet, wo das Recht der Bürger auf gleiche Teilhabe am Willensbildungsprozeß, die Chancengleichheit der Parteien oder ihr Anspruch auf Unabhängigkeit vom Staat berührt werden. Damit hat das Bundesverfassungsgericht seine bisherige Rechtsprechung zum Thema Parteienfinanzierung in eindrucksvoller Weise, wenngleich sehr restriktiv, abgerundet.

Auf längere Sicht wird das Karlsruher Urteil den finanziellen Bewegungsspielraum der politischen Parteien in unserem Land wohl verringern. Damit muß nicht eine qualitative Einschränkung ihrer politischen Wirksamkeit verbunden sein. Es kommt jetzt darauf an, daß die Verantwortlichen richtige Schlüsse im Sinne des Urteils ziehen. Die SPD hat damit schon begonnen und kann sich bestätigt fühlen. Sie hat bereits vor dem Urteil erkannt, daß öffentliche Hilfe nur begrenzt zur Verfügung stehen kann. Deshalb hat sie längst die eigenen Kräfte mobilisiert, das Beitragsaufkommen erhöht und Sparsamkeit als zusätzliche neue Geldquelle erschlossen.

Nach Karlsruhe werden die anderen Parteien nun dem Beispiel der Sozialdemokraten folgen müssen. Dies eröffnet eine gute Chance für die künftige Einbeziehung auch des Aufwandes für Wahlauseinandersetzungen in die Sparanstrengungen der Schatzmeister. Der Europawahlkampf war dafür schon eine gute Vorübung. Eine stillschweigende Absprache der Schatzmeister über eine wirkliche Kostenbegrenzung konnte nämlich von allen Parteien eingehalten werden. Das Karlsruher Urteil wird das Zustandekommen einer entsprechenden, möglichst weitgehenden Vereinbarung über den Bundestagswahlkampf 1980 eher begünstigen. Daß deshalb die Auseinandersetzung um die Stimmen der Wähler nicht weniger lebendig wird, kann zugesagt werden.

(- / 26.7.1979 / vo-he/10)



Ohne einheitliches europäisches Handeln geht es nicht**Europa-Parlament muß sich jetzt um einen Minimalkonsens bemühen**

Von Horst Seefeld MfH

Mitglied des Vorstands der Sozialistischen fraktion im Europa-Parlament

Das direkt gewählte Europäische Parlament hat seine erste Sitzungswoche hinter sich. Von Lob bis Tadel reichen die Prädikate, die dem Heutigen von der öffentlichen und in der veröffentlichten Meinung zugesprochen wurden.

Ein hoffnungsvolles Zeichen für die 410 Gewählten, was sie einst genommen werden. Aber auch ein Zeichen der Erwartung an diese Volksvertreter, möglichst rasch die eigenen Probleme - Aufgabenverteilung und Geschäftsordnung - in den Griff zu bekommen, um zur eigentlichen Aufgabe, nämlich zum politischen Handeln zu kommen. Dies ist der Auftrag des Wählers, der wenig Verständnis für einen fortgesetzten Streit um Verfahrensregeln aufbringen würde.

Daß es damit anfing - wen wundert's! Schließlich konnte man bei einem Parlament, das zum einen - im Gegensatz zu früher - ein Direktmandat erhalten hat und zum anderen einen starken Anteil von Parlamentsanfängern aufweist, nichts anderes erwarten. Dies betrifft auch die Präsidentin, die - da ohne jegliche parlamentarische Erfahrung - vor der umso schwierigeren Aufgabe stand, den unbändigen Parlamentsneulingen die nötigen Zügel anzulegen. Dafür verdient sie Anerkennung und Dank.

Nach diesem vielversprechenden Beginn geht es jetzt darum - und dies müssen alle im Europaparlament vertretenen Parteien begreifen - die politischen Ansätze in den Berichten, die Vertreter des Europäischen Rats und der EG-Kommission dem neuen Parlament vorgelegt haben, in der politischen Auseinandersetzung so zu entwickeln, daß sie zu mehrheitsfähigen Beschlüssen führen. Nur so und nüchtern an der europäischen Realität orientiert, wird das Parlament die Beiträge leisten können, die Europäischer Rat, Ministerrat und Kommission akzeptieren müssen und die in praktische Politik umgesetzt werden können.

Es geht dabei um nicht weniger als um für uns alle lebenswichtige Fragen wie Vollbeschäftigung, humanes Wirtschaftswachstum, Energieversorgung und Umweltschutz beispielsweise, Probleme, die ohne einheitliches europäisches Vorgehen nicht mehr gelöst werden können.

Diesen Notwendigkeiten kann und soll das Europäische Parlament mit Nachdruck seine Stimme leihen. Es wäre schon eine große Leistung, wenn wenigstens in diesen so zukunftsentscheidenden Fragen Einstimmigkeit in einem Forum, dessen Vielzahl der Stimmen und Meinungen wir gerade erlebt haben, erreicht werden könnte. (-/26.7.1979/ks/lo)



Mädchen in gewerblich-technischen Berufen

Ein Modellversuch und seine positiven Folgen

Von Elfriede Hoffmann

Bundsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Deutlicher als in der Wirtschaftskrise 1966/67 wurde spätestens seit dem Konjunktur-
einbruch 1974 ersichtlich, daß der Arbeitsmarkt ein zweigeteilter ist. Unterschied-
lich hohe Arbeitslosenquoten bei Männern und Frauen (etwa die Hälfte der Arbeits-
losen sind weiblich, obwohl Frauen nur ein Drittel der Erwerbstätigen stellen)
sind Beleg hierfür.

Auch Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt veränderten nicht im gleichen Maße die
Chancen von Frauen, einen Arbeitsplatz zu finden, wie die der Männer. Im Gegenteil,
im Juni 1979 lag der Anteil der Frauen unter den Arbeitslosen bei 54 Prozent. Er
war damit höher als in den Vormonaten.

Ein Grund - neben gesamtwirtschaftlichen Problemen - ist in dem eingeschränkten Berufs-
spektrum der arbeitslosen Frauen zu sehen. Während 40 Prozent der männlichen Auszu-
bildenden sich auf zehn zukunftsorientierte Berufe verteilen (Kfz-Mechaniker, Elektro-
installateur, Maschinenschlosser etc.), konzentrieren sich 40 Prozent der weiblichen
Auszubildenden auf nur vier Berufe (Verkäuferin, Friseurin, Arzt- und Zahnarthelferin,
Bürogehilfin). Die Zukunftsaussichten und die Bezahlung dieser Berufe sind nicht gerade
rosig.

Wenn man bedenkt, daß z.B.

- die Beschäftigtenzahl in den großen Kaufhäusern von 1972 bis 1977 von 80 auf
57 pro 1000 m² gesunken ist und das trotz einer Umsatzsteigerung von mehr als
40 Prozent.
- im Friseurhandwerk in hohem Maße über Bedarf ausgebildet wird,
- und die Bürotätigkeiten von einer Rationalisierungswelle bedroht sind, deren
personelle Konsequenzen nur zu erahnen sind.

Ausgehend davon, daß die in einigen sogenannten Frauenberufen heute ausgebildeten
Mädchen die potentiellen Arbeitslosen von morgen sind und daß, obwohl es formal kaum



Einschränkungen gibt, faktisch Mädchen nur selten "Männerberufe" ergriffen, haben die Bundes- und verschiedene Landesregierungen Modellversuche entwickelt.

In Nordrhein-Westfalen fing es an: Ausbildungsbetriebe, die zusätzliche Arbeitsplätze für Mädchen in Berufen bereitstellen, die bislang fast "rein männlich besetzt" und zukunftsorientiert sind (die Aufstellung reicht vom Chemiefacharbeiter über Maschinenbauer und Holzmechaniker bis zum Gebäudereiniger), erhalten während der vorgeschriebenen Ausbildungszeit 300 DM monatlich als Zuschuß.

Auch die fehlenden sanitären Anlagen für Frauen (§§ 34 bis 37 Arbeitsstättenverordnung) sollen nicht länger Vorwand der Arbeitgeber für die mangelnde Bereitschaft, Mädchen in gewerblich-technischen Berufen auszubilden, sein, hier gibt es großzügige Zuschüsse. Ähnliche Modelle laufen auch in anderen Bundesländern.

Die gleiche Zielrichtung, nämlich die Berufschancen der Mädchen in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu verbessern, verfolgen die Modellversuche des Bundes zur Erschließung neuer Berufswege für Mädchen. Etwa 120 Mädchen haben in fünf Ausbildungsstätten (VEBA AG-Gelsenkirchen; AUDI-NSU-Werk, Ingolstadt; Gemeinschaftsausbildungsstätte der IHK Eßlingen; Continental-Gummiwerk, Hannover; Hamburger Berufsbildungszentrum e.V. in der Ausbildungswerkstatt der Firma Heidenreich & Harbeck) eine Ausbildung begonnen, die sie zum Beispiel zum Elektroanlagenelektroniker, Dreher oder Chemiefacharbeiter qualifizieren wird. Die wissenschaftliche Begleitung dieser Modelle wird Aufschluß für die Verbesserung der Programme liefern, zum Beispiel

- wie sich die Kollegen am Arbeitsplatz auf gleichberechtigte mitarbeitende Frauen einstellen,
- wie Frauen "in der Männerwelt" zurechtkommen und
- ob sich das Verhalten der Kollegen am Arbeitsplatz verändert, wenn sie sich an die neue Situation gewöhnt haben.

Weitere Modellversuche des Bundes werden ab September 1979 in den verschiedenen Bundesländern beginnen. Bei all diesen Modellversuchen trägt das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 75 Prozent der versuchsbedingten Mehrkosten und die Kosten für die wissenschaftliche Begleitung.

Kritiker der verschiedenen Programme beanstanden die geringe Anzahl der beteiligten Mädchen sowie den Umstand, daß nichts an der mangelnden Ausbildungskapazität geändert wird. Dies ist sicher ein richtiges Argument, doch Modellversuche sollten Vorreiterfunktion haben und damit bewußtseinsverändernd wirken. Dies werden die laufenden Modelle durch die große öffentliche Resonanz sicherlich bewirken. Bewirkt haben sie bereits, daß Industrie- und Handwerksbetriebe in stärkerem Maße als vorher bereit sind, Mädchen in gewerblich-technischen Berufen auszubilden.

Ausbildungsplätze schaffen können nur die Arbeitgeber, und die sind dazu ebenso aufgefordert, wie zur verstärkten beruflichen Förderung von Mädchen und Frauen.

(-/26.7.1979/ks/ca)

+ + +

